

25 Jahre demokratischer Aufbruch in Brandenburg – 25 Jahre Verantwortung der LINKEN in Opposition und in Regierung

Im 25. Jahr der Konstituierung des Landtages, der Neugründung Brandenburgs und des Beitritts zur Bundesrepublik darf und muss man sich erinnern. Die Freude ist groß über sanierte Innenstädte, über die vorhandenen Naturparks und Landschaftsschutzgebiete in einer herrlichen Wald- und Seenlandschaft und über die historische Substanz, die vielfach im neuen Glanz erscheint.

In den Kreisen Zossen, Luckenwalde und Jüterbog – also dem heutigen Teltow-Fläming-Kreis – ist vieles davon zu sehen. Wobei in dieser Region die Ansprüche nach 1989 besonders groß waren.

Da war der Abzug der sowjetischen Truppen, der enorme Umbau der Wirtschaft. Es blieb für Viele kein hinreichender Platz mehr in der Gesellschaft. Es gab und gibt Arbeitslosigkeit. Aber letztendlich auch mit einer linken Landrätin hat Teltow-Fläming einen positiven Entwicklungsweg eingeschlagen. DIE LINKE ist besonders auch in

Teltow-Fläming an ihren kommunalpolitischen Aktivitäten erkennbar. Zugleich ist sie wirksam als Antikriegspartei und Partei der sozialen Gerechtigkeit. Im Jahr der Konstituierung des Landes waren in dieser Gründungsphase Wochen und Monate atemberaubender gesellschaftlicher Veränderungen und unerhört wichtige politische Entscheidungen abverlangt. Ganze acht Monate waren damals seit dem 40. Jahrestag der DDR vergangen, der ihren so schnellen Untergang einleitete. Die Bildung Runder Tische in Städten und Gemeinden, die Brechung des Machtmonopols der SED und der stalinistischen Struktur in der Gesellschaft, die freien Wahlen zur Volkskammer und nachfolgend des Landtages waren Ereignisse und Entwicklungen, die alles Gewohnte umstülpten und völlig neue Möglichkeiten und Lebenswege für die Menschen eröffneten. Über 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger fühlten sich als Gewinner, d.h., 30 Prozent sehen sich nicht in dieser Position. Es bleibt also noch viel zu tun, um die Würde eines jeden Einzelnen auch durch konkrete Lebensumstände zu gewährleisten. Blickt man auf die vergangenen 25 Jahre,



Helmuth Markov (links) und Heinz Vietze

so ist man gewillt, für die Brandenburger LINKE besonders hervorzuheben. Erstens: Sie hat als verfassungsgebende Partei einen bedeutenden Beitrag zur Erarbeitung und Annahme der Landesverfassung geleistet. Sie hat sich verdient gemacht um die Volksgesetzgebung und um die Schaffung solider rechtlicher Grundlagen für das Wirken der Kommunen. Zweitens: Sie hat intensiv die Auseinandersetzung mit der Geschichte geführt und einen bedeutenden Beitrag für den Bruch mit den stalinistischen Strukturen geleistet. Drittens: Sie war eine zuverlässige Interessenvertreterin Brandenburgs im Fusionsprozess mit Berlin.

Zum Schluss möchte ich mich bei denen bedanken, die mich seit 1990 – meiner ersten Wahl in den Brandenburger Landtag – begleiteten. Hervorheben möchte ich meine Mitstreiterinnen Maritta Böttcher, Kornelia Wehlan, Jürgen Akuloff, Rudi Haase, Hartmut Rex, Martina und Harald Luedecke, Monika Nestler, heute Bürgermeisterin in Nuthe-Urstromtal, Manfred Thier und den (damals) kleinen Felix, heute Kreisvorsitzender in Teltow-Fläming. Als Abgeordneter des Landtages war ich viele Jahre verantwortlich für Teltow-Fläming und erinnere mich an viele aufgeschlossene, interessante Begegnungen mit Menschen dieses Kreises. Ich bin der festen Überzeugung, dass die jetzige verantwortliche Abgeordnete Anita Tack eine wichtige Stütze für euch ist.

Die PDS, DIE LINKE hat das gesellschaftliche Leben mit geprägt, ihr aktives Wirken wird respektiert und anerkannt. Für mich kommt eine wertvolle Erfahrung hinzu: Dass auch in der Politik Freundschaften entstehen können und man sich tatsächlich über Jahrzehnte aufeinander verlassen kann. Das macht Mut und macht Hoffnung, dass wir auch für die neuen Herausforderungen gut gewappnet sind.

Euer **Heinz Vietze**



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse, die Gemeinde Am Mellensee und die Stadt Ludwigsfelde haben gewählt. Die Gemeinde behält Frank Broshog als Bürgermeister, er siegte souverän mit fast 62 Prozent. Das freut mich, da wir als LINKE den parteilosen Kandidaten mit unterstützten. In Ludwigsfelde ist mit Andreas Igel ein neuer Bürgermeister gewählt worden, die Stadt bleibt weiter deutlich in SPD-Hand. Zumindest wenn man bei einer Wahlbeteiligung von nicht einmal 42 Prozent davon sprechen kann. Unsere Cornelia Hafenmayer erreichte den dritten Platz. Hier gilt es Danke für einen sehr engagierten Wahlkampf zu sagen – auch an unsere Unterstützerinnen und Unterstützer, die hinter ihr standen und mit ihr kämpften. Wir haben unser Bestes gegeben! Glückwünsche an dieser Stelle an Herrn Igel. DIE LINKE ist gespannt auf seine politischen Initiativen und freut sich auf die Diskussionen im Stadtparlament – denn das ist auch klar: Der neue Bürgermeister von der SPD muss um Mehrheiten werben.

FELIX THIER
Kreisvorsitzender

»Die Stunden, nicht die Tage, sind die Stützpunkte unserer Erinnerung.« Joachim Ringelnatz

Es ist geschafft! Drei Wochen aktiver Wahlkampf liegen hinter uns. Das Ergebnis kennen inzwischen alle: Andreas Igel (SPD) ist neuer Bürgermeister von Ludwigsfelde.

Auf den ersten Blick möchten einige denken, was für ein indiskutables Ergebnis für die Partei DIE LINKE. 16,64 Prozent, 1.415 Wählerinnen und Wähler, bei einer Wahlbeteiligung von 40,61 Prozent haben sich für mich, Dr. Cornelia Hafenmayer, Kandidatin der Partei DIE LINKE, entschieden. Andere sagen, die Zeit für eine Frau an der Spitze von Ludwigsfelde war einfach noch nicht da. Sie zollen uns Respekt und Anerkennung für den von uns geführten Wahlkampf.

Die Aktivitäten während dieser Zeit waren äußerst vielfältig. Wir waren auf den Dorffesten in Jütchendorf, Löwenbruch, Groß Schulzendorf, Ahrendorf, Siethen und Kerzendorf. In den Gesprächen vor Ort haben wir erfahren, was die Ortsteile sich vom neuen Bürgermeister wünschen, nämlich eine bessere Anbindung, Beteiligung bei städtischen Veranstaltungen und insgesamt eine umfangreichere



Information zu den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung. Geschätzt wurde unser Engagement in der Flüchtlingshilfe. Bei den Senioren im ASB-Heim wurde die kulturelle Ausgestaltung von drei Kaffeemittagen sehr begrüßt. Wir waren bei Sport- und Kulturvereinen zu Gast. Danke auch den Kleingärtnern der Kleingartensparte Siethen für einen gemeinsamen Sommerabend.

Akzente setzten wir auch auf der Veranstaltung »Kommunales Energie- und Klimaschutzkonzept Ludwigsfelde«. Wir werden uns zukünftig für Schul- und Kita-Projekte zum Energiesparen, für eine Personalstelle eines Klimaschutzmanagers in der Stadt und für einen

Unternehmerstammtisch Energie einsetzen. Ernsthafte Gedanken haben wir uns über die Zukunft des Klubhauses gemacht.

Wir werden auch die städtebaulichen Maßnahmen zum altersgerechten, Mehrgenerationen- und betreuten Wohnen unterstützen, auf die wir immer wieder angesprochen worden sind.

Wir haben ebenfalls unsere Position zu weiteren Gewerbeansiedlungen und Firmenerweiterungen zum Ausdruck gebracht. Investitionen auf dem Ludwigsfelder Arbeitsmarkt sind auch zukünftig notwendig.

Auf Veranstaltungen haben wir auf das vom Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg organisierte Volksbegehren gegen die Massen-

tierhaltung und das Volksbegehren gegen die dritte Start- und Landebahn aufmerksam gemacht.

Ein Höhepunkt war der Erfahrungsaustausch mit unserer Genossin Monika Nestler, Bürgermeisterin der Gemeinde Nuthe-Urstromtal. Nicht zu vergessen unsere Wahlkampfabschlussveranstaltung »Wirtschaftsforum Ludwigsfelde« im Kinosaal des Klubhauses.

Ich möchte mich bei allen Genossinnen und Genossen in der Stadt, im Landkreis und im Land Brandenburg, den Sympathisantinnen und Sympathisanten unserer Partei, Freundinnen und Freunden und meiner Familie, die mich im Wahlkampf unterstützt haben, von Herzen bedanken. Jeder auch noch so kleine Beitrag war wichtig.

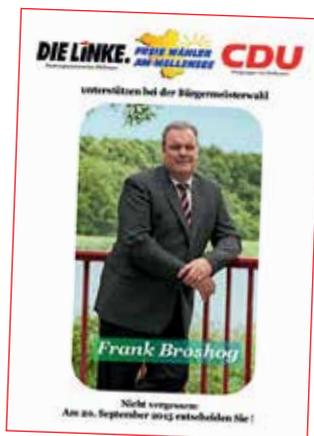
Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Ludwigsfelde können sich in der Kommunalpolitik auch weiterhin auf uns, die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, den Stadtvorstand, die Genossinnen und Genossen der Partei und den großen Kreis der Sympathisantinnen und Sympathisanten verlassen.

Dr. Cornelia Hafenmayer

Ungewöhnlicher Zusammenschluss

2015 – Bürgermeisterwahl in Am Mellensee und kein eigener Kandidat in Sicht, zu unbekannt oder zu »unwillig«. Bereits zum Ende des vergangenen Jahres gab es von Herrn Broshog eine Anfrage, ob er sich bei uns mit seinen Vorhaben für die nächste Wahlperiode vorstellen darf. Aufgrund der Erfahrungen der letzten sieben Jahre – das erste brauchten wohl alle, um sich zusammenzufinden – hatte unsere Basisorganisation keine Einwände gegen dieses Ansinnen. Die beiden anderen Bewerber wollten eine derartige Chance nicht nutzen. So saßen wir also mit unserem alten und nun auch neuen Bürgermeister zusammen und diskutierten über Erreichtes und Geplantes, über Zukunftsvisionen. Über die gewünschte Art und den Umfang einer Unterstützung im Wahlkampf blieben grundsätzlich keine Fragen offen. Auch war von Beginn an klar, dass die Kandidatur

von der CDU-Ortsgruppe und den ortsansässigen Freien Wählern mitgetragen wird. Natürlich mussten wir uns mit dieser Konstellation auseinandersetzen, ging es doch um die Kommunalpolitik der nächsten acht Jahre. Nicht einstimmig, aber doch mehrheitlich trafen wir die Entscheidung, die Kandidatur durch die Mitarbeit im Wahlkampfteam zu unterstützen. Dort konnten wir auf die Wahlaussagen, die Flyer- und Plakatgestaltung und den Inhalt Einfluss nehmen, mit den anderen Unterstützern um Konsens ringen und die Wahlkampftour mit planen. Immer wieder wurden wir angesprochen, ob wir es mit unseren Zielen vereinbaren können, gemeinsam



mit der CDU und den Freien Wählern auf einem Plakat zu stehen. Ja, konnten wir, denn es ging und geht um Kommunal- und nicht um Landes-, Bundes- oder Parteienpolitik, ausschließlich das Wohl der Gemeinde mit all ihren alten und neuen Einwohnerinnen und Einwohnern

verdient bei einer derartigen Entscheidung unsere Aufmerksamkeit. Das Wahlergebnis, knapp 62 Prozent für »unseren« Kandidaten bei einer Wahlbeteiligung geringfügig unter 52 Prozent, zeigt, dass auch der Wähler unterscheidet, für welche Verwaltungsebene er seine Stimme abgeben soll.

Judith Kruppa, Vorsitzende Basisorganisation Am Mellensee

Wir trauern um unseren Genossen

Walter Falke

verstorben
am 4. Oktober 2015

Basisorganisation
Am Mellensee

Kreisvorstand
Teltow-Fläming

Neue Mitte Ludwigsfelde

Noch sieht es wüst aus nördlich des Stelzenbauwerks der Autobahnbrücke in Ludwigsfelde. Eine große Freifläche, bekannt als »Alter Kohlenhof«, zuletzt gelegentlich genutzt als saisonaler Pflanzenverkauf. Ein altes Ladengebäude, seit langem ein verbliebener Schandfleck in der Stadtmitte und nur noch alten Ludwigsfeldern als »Alte Fleischerei« gegenwärtig. Ein inzwischen leer gezogener Stoffladen und inmitten dieser Trostlosigkeit die Polizeiwache in der die Polizistinnen und Polizisten unter inzwischen unzumutbaren Bedingungen ihre Arbeit tun. Hier auf dieser Fläche sollten bereits vor einigen Monaten die Bauarbeiten zu einem neuen Dienstleistungs- und Einkaufsgebiet, der »Neuen Mitte«, beginnen. Doch die Bodenbereinigungsarbeiten brachten einige ungeahnte Überraschungen zu Tage. So wurden diverse Kabel

und Leitungen aufgefunden, die laut den vorliegenden Plänen der DDR- und Wendezeit dort nicht liegen sollten. Die Umverlegungsarbeiten kosteten Geld und vor allem Zeit. Eine weitere Verzögerung entstand durch die langwierigen Verhandlungen mit dem Autobahnbundesaamt. Ein Einkaufszentrum benötigt Parkplätze. Diese sollen unter der Autobahnbrücke entstehen. Doch obwohl in den 1990er Jahren ganze Einkaufspassagen mehrstöckig unter der Brücke geplant waren, konnte sich nun 15 Jahre später niemand an irgendwelche Zusagen oder Genehmigungen erinnern – so musste alles neu ausverhandelt werden. Glücklicherweise haben sich die Stadtverordneten mit Ten Brinke für einen Investor entschieden, der genug langen Atem und die nötigen finanziellen Mittel besaß, um diese Zeit zu überbrücken.

Nun war am 14. September endlich der erste Spatenstich für dieses Bauvorhaben. Anders als beim Bau der Autobahnbrücke konnte zu diesem Anlass zwar nicht Prinz Charles, aber immerhin Ministerpräsident Woidke begrüßt werden. So steht dieses Bauvorhaben hoffentlich unter einem guten Stern und wird nach den geschilderten Anfangsschwierigkeiten erfolgreich fertiggestellt.

Hier werden nach Finalisierung zum einen der Edeka-Markt Specht sein neues zu Hause finden, zum anderen werden der Polizei an ihrem neuen Standort in diesem Gebäude zeitgemäße Arbeitsbedingungen geboten. Für Einwohnerinnen und Einwohner wird sich die Versorgung mit Einkaufsmöglichkeiten ohne lange Anfahrtswege deutlich verbessern und das Stadtzentrum weiter beleben.

Silvio Pape, Vorsitzender Bauausschuss SVV Ludwigsfelde

Wechsel in der Fraktion DIE LINKE in Blankenfelde-Mahlow

Die Fraktion DIE LINKE in Blankenfelde-Mahlow verabschiedete im September Frau Dr. Heidrun Nobis als Mitglied der Fraktion. Nach über 25 Jahren als Mitglied der Gemeindevertretung in Mahlow und später der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow muss Frau Dr. Nobis nach einem Umzug ihr Mandat leider zurückgeben. Wir freuen uns, dass sie sowohl der Partei als auch der Volkssolidarität als wichtiges Mitglied erhalten bleiben wird. Die Mitglieder der Fraktion und die Basisorganisationen in Blankenfelde-Mahlow bedanken sich von Herzen bei Frau Dr. Nobis für ihr Engagement in den letzten Jahrzehnten und wünschen ihr für die Zukunft weiterhin alles Gute. Als Mitglied der Fraktion wird Herr Martin Wegner aus Blankenfelde nachrücken. Martin Wegner ist 36 Jahre alt, wohnt im Ortsteil Blankenfelde und ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag tätig. Wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit und wünschen ihm viel Erfolg.
Stefanie Nimz, Fraktionsvorsitzende

Dr. med. Heidrun Nobis

Allgemeinmedizinerin, seit 1990 Mitglied in den Ausschüssen Bildung, Jugend und Soziales, Kultur und Sport sowie Soziales und Kultur, Vorsitzende der Ortsgruppe der Volkssolidarität in Mahlow



Auch in diesem Jahr wurden eine Woche vor Beginn des neuen Schuljahres die neuen Erstklässler in Jüterbog und Umgebung von unserem Regionalverband Teltow-Fläming Süd mit einem Zuckertütenfest auf die Schule eingestimmt. Jeder ABC-Schütze erhielt an diesem Tag eine gut gefüllte Zuckertüte für den Schulanfang. Fast 100 Mädchen und Jungen freuten sich daher an diesem Nachmittag besonders. Begleitet von den Eltern, Geschwistern oder Großeltern war im Jüterboger Schlosspark buntes Treiben. DJ Macky mit seinen Airbrush-Tattoos, eine Hüpfburg, die Jugend-Feuerwehr mit Löschübungen, Dosenwerfen, der traditionelle Bastelstand von Petzi's Kinderland, Kinderschminken, Kaffee, Kuchen, Bockwürste und für die Kinder auch

kostenlose Getränke. Danke daher besonders auch an dieser Stelle an die Spenderinnen und Spender, die erneut zum Gelingen der mittlerweile 13. Auflage des Festes beitragen.

Ehrengast war in diesem Jahr Brandenburgs Sozialministerin Diana Golze (DIE LINKE), die schon öfter mit ihren Kindern dabei war. Unser Kreisvorsitzender Felix Thier war ebenfalls vor Ort und begeistert von der tollen Atmosphäre und der guten Stimmung bei den Besucherinnen und Besuchern – und den Kindern! Danke an die Helferinnen und Helfer, die Organisatorinnen und Organisatoren, ganz besonders an Maritta Böttcher als Ideengeberin und »Hutträgerin« des Festes. Auf ein Neues im Jahr 2016!

Redaktion

Liebe Leserin, lieber Leser, da so eine Zeitung natürlich die Meinungen unserer AutorInnen verbreitet, sind wir an Debatten und Meinungen interessiert – auch von Euch/Ihnen! Wir freuen uns über Eure/Ihre Zuschriften, die wir hier gern (falls nötig sinnwährend gekürzt) veröffentlichen und so Diskussionsraum bieten wollen.

E-Mail:
redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de

Postanschrift:
DIE LINKE, Teltow-Fläming
Zinnaer Straße 36
14943 Luckenwalde

ZITIERT:

Genialer Weitblick

1973. Der britische Journalist Brian Davis fragt Fidel Castro in einer Presserunde:

»Wann, glauben Sie, werden die Beziehungen zwischen Kuba und den USA wiederhergestellt werden – zwei derart voneinander entfernte Staaten trotz der geografischen Nähe?«

An alle im Saal anwesenden Pressevertreter gerichtet, antwortet Fidel:

»Die Vereinigten Staaten werden kommen, um mit uns zu reden, wenn sie einen schwarzen Präsidenten haben werden und es in der Welt einen lateinamerikanischen Papst geben wird.«

(»Estados Unidos vendrá a dialogar con nosotros cuando tenga un presidente negro y haya en el mundo un Papa latinoamericano.«)

Nachlesen:

<http://goo.gl/QpCL1Q>
(Reportage über den Staatsbesuch Fidel Castros in der DDR 1972)

LANDTAG UND KOMMUNE

VON ANITA TACK

Liebe Leserin, Lieber Leser,

im Mittelpunkt der Septembersitzungen des Landtags stand natürlich die Flüchtlingspolitik. Der Ministerpräsident gab eine Regierungserklärung aus Anlass 25 Jahre Land Brandenburg ab und sprach auch über die Herausforderungen im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl von Flüchtlingen und deren menschenwürdiger Unterbringung und Versorgung.

Er dankte auch den zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die die Neuankömmlinge in unseren Städten und Gemeinden gut betreuen helfen. Hier können wir beweisen, dass wir eine solidarische Gesellschaft leben wollen und wir uns gegen fremdenfeindliche Angriffe zur Wehr setzen.

Die Fraktion DIE LINKE begrüßt die Ankündigung der Landesregierung, die Rahmenbedingungen für die Schaffung von mehr sozialem

Wohnraum für Flüchtlinge in den Kommunen zu verbessern.

Es ist wichtig ist, dass für den Wohnungsneubau mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Ein Plus von 30 Mio. Euro aus dem Wohnungsbauvermögen des Landes wird für die Jahre 2015 und 2016 eine Schubwirkung im sozialen Wohnungsbau bringen, und zu einer spürbaren Entlastung bei der Wohnraumbereitstellung führen. Auch der Bund muss den sozialen Wohnungsneubau stärker fördern. Es geht insgesamt um preiswerten Wohnraum mit entsprechenden Qualitätsansprüchen in den Städten, denn hier werden sich diese Problemstellungen besonders zeigen. Gerade die Städte, wo sich die Wohnungsfrage auch mit vielen anderen Fragestellungen wie z.B. Kinderbetreuung und gesundheitliche Versorgung eng verknüpft, brauchen dafür mehr Unterstützung.

Zur »Volksinitiative für größere Mindestabstände (10H-Regelung) von Windrädern sowie keine Windräder im Wald«.

DIE LINKE nimmt die verfassungsrechtliche Möglichkeit der Volksgesetzgebung mit Volksinitiative, Volkbegehren und Volksabstimmung sehr ernst. Wir haben uns dafür

eingesetzt, dass die Teilnahmebedingungen zur Unterschriftensammlung verbessert wurden.

Auch das Anliegen der Volksinitiative zu größeren Abstandsregelungen und gegen Windräder im Wald haben wir sehr verantwortungsvoll geprüft, die Argumente intensiv abgewogen und sind zu gemeinsamen Schlussfolgerungen von SPD, LINKE und Bündnis 90/Grüne gelangt.

Grundlage der Energiepolitik des Landes ist die Energiestrategie 2030 mit dem Vorrang von erneuerbaren Energiequellen einschließlich ihrer Klimaschutzziele. Wir wollen den Prozess der Energiewende fortführen und die Energieversorgung zukunftsfähig gestalten. Deshalb sind die zwei Prozent der in Frage kommenden Flächen für Windeignungsgebiete im Land eine strategische Größe. 2016 wird die Energiestrategie überprüft bzw. fortgeschrieben, das gilt auch für den Flächenbedarf für Windkraftanlagen.

Eine generelle Festlegung der Abstandsregelung von 10 H in der Bauordnung des Landes, so wie die Volksinitiative es will, halten wir nicht für praktikabel.

Die kommunal verfassten Regionalen Planungsgemeinschaften sind zu-

ständig für die Erarbeitung der Windeignungspläne. Sie bewerten Besonderheiten und Interessenkonflikte und wägen sehr verantwortungsvoll ab. Die betroffene Bevölkerung ist im Rahmen der öffentlichen Beteiligung in diesen Prozess einbezogen. Wir wollen gesetzlich regeln, dass künftig auch Vertreter der kleinen Gemeinden mit mehr Mitbestimmungsrechten in diesem Prozess ausgestattet werden.

Das Land Brandenburg braucht die Akzeptanz der Bevölkerung für eine zuverlässige und zukunftsfähige Energieversorgung für alle.

Das Thema wird auch künftig in den parlamentarischen Beratungen und Entscheidungen eine große Rolle spielen.

Kontakt:

Anita Tack, MdL
Landtag Brandenburg

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tel: 0331/966 15 10

Fax: 0331/966 15 07

E-Mail: anita.tack@linksfraktion-brandenburg.de

BUNDESTAG UND KOMMUNE

VON NORBERT MÜLLER

Frei werdende Mittel des Betreuungsgeldes nachhaltig und sinnvoll verwenden

Am Vormittag des 24. September diskutierte der Deutsche Bundestag über das Ende des Betreuungsgeldes und die Verwendung der frei werdenden Mittel. Am gleichen Abend einigten sich die Ministerpräsident*innen und das Bundeskanzleramt im Rahmen des sogenannten Asylkompromisses darauf, die Mittel den Bundesländern zur Verfügung zu stellen.

Ein Abriss der Debatte

Die Linksfraktion und eine Mehrheit aller Bundestagsabgeordneten waren nie ein Fan der Herdprämie bzw. des Betreuungsgeldes. Das Lieblingsprojekt der CSU war konsequenter Ausdruck einer zutiefst reaktionären und konsequent ver-

fehlten Familien-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Es war skandalös, dass sich die Sozialdemokratie im Rahmen der Koalitionsverhandlungen auf eine Unterstützung eingelassen hat. Aus politischer Sicht kann man dankbar sein, dass das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) am 21. Juli 2015 diesem CSU-Irrsinn Einhalt geboten hat. Gleichzeitig ist es erschütternd, dass es erneut des BVerfG bedarf, um fehlende politische Mehrheit im Deutschen Bundestag zu kompensieren. Die Leidtragenden sind jetzt die Familien, die sich im Vertrauen auf das verfassungswidrige Versprechen der Bundesregierung auf die zusätzliche Unterstützung eingestellt haben.

Wer hat welches Interesse am Geld – ein Lagebild

Durch das Urteil des BVerfG stehen nun im kommenden Jahr bis zu 550 Millionen Euro zur Verfügung, 2017 sind es sogar 900 Millionen Euro. Und die Geier kreisen. Bundesfinanzminister Schäuble fordert die Mittel für den allgemeinen Haushalt oder will gesetzliche Leistungen wie das Elterngeld damit

finanzieren. Die CSU möchte eine Ausschüttung der Mittel an die Länder, um damit in Bayern ein Landesbetreuungsgeld zu bezahlen. Die SPD, in dem Fall Bundesministerin Schwesig, forderte, dass »die frei werdenden Mittel Kindern und Familien zugutekommen sollen, zum Beispiel durch eine verbesserte Kinderbetreuung« und dass »das Geld nicht im Haushalt des Bundesfinanzministeriums versickern darf«. Soweit, so unkonkret.

Die Linksfraktion wiederum möchte die Mittel für das dringend benötigte Engagement des Bundes für bessere frühkindliche Bildung, den Ausbau der Kitaqualität und die Aufstockung der Kapazitäten, kurz als Startfinanzierung für ein Kitaqualitätsgesetz. Die Linksfraktion könnte sich sogar damit anfreunden, die Mittel den Ländern zu geben, aber im Unterschied zur CSU mit einer klaren Zweckbindung zugunsten der Kitas.

War das nun ein Kompromiss?

Mit der Entscheidung vom 24. September, die Mittel an die Länder zu geben, hat erneut die CSU die Politik in Berlin diktiert. Durch die fehlende

Zweckbindung der Mittel finanziert die Bundesregierung aus Steuermitteln eine Bayerische Herdprämie und damit das nächste Wahlversprechen der CSU. Damit tritt ein, was Tagesspiegel-Redakteur Hans Monath Anfang September treffend voraussagte, dass »CDU und SPD der bayerischen Andersartigkeit gefälligst Respekt zu zollen haben«. Einziger Lichtblick bleibt die Gewissheit, dass Thüringen und Brandenburg als Rot-Rot(-Grün) regierte Länder die Mittel für den Ausbau der Kitaqualität, vernünftige Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern sowie den Einstieg die gebührenfreie Kita verwenden werden.

Kontakt:

Norbert Müller, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 03385/49 45 21

Telefax: 03385/49 45 22

E-Mail: norbert.mueller@bundestag.de

NACHGEFRAGT:



Einer von uns

Martin Wegner

Jahrgang 1979, Tätigkeit: Politikwissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Linksfraction im Bundestag im Bereich Verkehrspolitik, Mitglied der Gemeindevertretung von Blankenfelde-Mahlow

Was ist für dich links?

Auf politischer Ebene, was sich offensiv gegen marktradikalen Mainstream, Diskriminierung, Gewalt und Umweltzerstörung wendet. Auf persönlicher Ebene die eigentlich banale Einsicht, dass man Geld nicht essen und Glück nicht kaufen kann. Wer das kapiert hat, wird sich mehr um Menschen als um Sachen kümmern.

Was regt dich auf?

Z. B. die systematische Bespitzelung durch Geheimdienste oder dass Griechenland faktisch von der Troika regiert wird. Am meisten aber Empathielosigkeit gegenüber Flüchtlingen, auf deren Leid und Armut unser Reichtum basiert.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Dass es viele Menschen nicht zu stören scheint, dass sie ausspioniert werden, Demokratie dem Finanzmarkt geopfert wird und wieder Flüchtlingsunterkünfte brennen.

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Ich schätze mich glücklich, hier auf der Sonnenseite der Welt geboren worden zu sein und kann mir nicht wirklich vorstellen, woanders zu leben. Wachsende soziale Ungleichheit und rechtsextreme Tendenzen in Politik und Gesellschaft trüben die Zufriedenheit jedoch.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Wenn jemand wirklich zuhören kann, gefolgt von einem ausgeprägten Sinn für Ironie.

Wie sollte Blankenfelde-Mahlow in zehn Jahren aussehen, oder was wünschst du dir für Blankenfelde-Mahlow? Anders formuliert: Wovon träumst du?

Der größte Wunsch für Blankenfelde-Mahlow ist die Lösung des »kleinen« Lärmproblems, an dessen Fertigstellung gerade höchst erfolglos aber mit Milliardenaufwand gearbeitet wird. Träume gehen viel weiter: eine Welt ohne Krieg, Ausbeutung und Sexismus.

Nachgefragt hat

Detlev Schiemann, Blankenfelde-Mahlow

DABEI SEIN:

TERMINE UND AKTIONEN

Beratung BO-Vorsitzender

19.10.2015, 18 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Sitzung der Kreistagsfraktion

2.11.2015, 18 Uhr
Kreishaus Luckenwalde

LinksTreff: Vorstellung des Vereins »Freunde der Industriegeschichte Ludwigsfelde e.V.«

3.11.2015, 10 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Gesamtmitgliederversammlung Regionalverband TF Süd

7.11.2015, 18 Uhr
Kulturquartier Jüterbog

Landesparteitag in Potsdam

7. bis 8.11.2015

Verlegung von sechs Stolpersteinen in Jüterbog: Familie Korn, Weinberge 14 und Familie Joel, Mönchenstraße 33

12.11.2015

Gesamtmitgliederversammlung Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal

13.11.2015, 16 Uhr
Heimatemuseum Luckenwalde

Beratung BO-Vorsitzender

16.11.2015, 18 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Regionaltag: Landespolitiker in Teltow-Fläming unterwegs

26.11.2015, 18 Uhr, Regional-konferenz, Wünsdorf Bürgerhaus

Skat- und Rommé-Abend

26.11.2015, 18 Uhr
Große Straße 62, Jüterbog

Vor Ort: Kreisvorstand und Kreistagsfraktion mit den BOen Am Mellensee, Baruth/Mark und Zossen

28.11.2015, Petkus

Jahresabschluss Stadtverband Ludwigsfelde

3.12.2015, 18 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Tag der offenen Tür bei der LINKEN

5.12.2015, 10–15 Uhr
Eröffnung des Bürgerbüros von Isabell Vandré und Anita Tack, MdL; Anschließend: Maritta Böttcher im Jüterboger Gespräch mit beiden Abgeordneten
Große Straße 62, Jüterbog

Nikolaus-Fest für die Asylbewerberkinder

6.12.2015, 15 Uhr
Große Straße 62, Jüterbog

Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes mit parteiinternen Wahlen

12.12.2015, 9.30 Uhr
Kreishaus Luckenwalde

NACHGEFRAGT:

LESERPOST AUS DER REGION

Sommerfest der LINKEN

Am 26. August waren mein Mann und ich als Sympathisanten bei den LINKEN des Stadtverbandes Luckenwalde und der Basisorganisation Nuthe-Urstromtal zu Gast. Die Genossen hatten zum traditionellen Sommerfest geladen. Treffpunkt war auf einem Grillplatz in der Jüterboger Straße in Luckenwalde. Bei selbstgebackenem Kuchen und Kaffee, frisch gegrillter Bratwurst und kühlen Getränken wurde angeregt diskutiert. So wurde u.a. über die aktuelle Flüchtlingspolitik und die Lage in Griechenland gesprochen. Es war eine überaus gelungene Veranstaltung. Unser Dank gilt den fleißigen Organisatoren und Helfern. Wir kommen gerne wieder.

Bärbel und Thomas Schewe
aus Luckenwalde

Nächste Kampagnenphase
»Das muss drin sein. Befristung und Leiharbeit stoppen!« eröffnet.

Wir organisieren jetzt online und auf der Straße die bundesweite Unterschriftensammlung: »Deine Stimme gegen Befristung und Leiharbeit!« Die Zahl unsicherer Arbeitsverhältnisse ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Fast 2,8 Millionen Beschäftigte haben inzwischen nur noch einen befristeten Job. Junge Frauen sind besonders stark betroffen. Nur noch ein Drittel der mit ihnen neu abgeschlossenen Arbeitsverträge ist unbefristet. Dabei sollen doch

gerade junge Menschen ihre Zukunft planen und eine Familie gründen. Wir sagen: Schluss mit Leiharbeit, sachgrundlosen Befristungen und Kettenbefristungen. Mit vielfältigen Aktionen – zum Beispiel vor Berufsschulen oder vor ausgewählten Betrieben – wollen wir insbesondere jüngere Menschen ansprechen und ihnen ein Angebot machen, mit uns gemeinsam Druck zu machen für gute Arbeit, mit der alle ihre Zukunft planen können – das muss drin sein!



Am Limit und doch optimistisch

Die aktuellen Zuweisungsquoten für Flüchtlinge stellen den Landkreis und die Kommunen vor große Herausforderungen. Hatten wir im Januar noch rund 600 Flüchtlinge unterzubringen, so sind es heute fast 2.000. Damit sind wöchentliche Zuweisungen aus der Erstaufnahme von 70 bis 90 Personen verbunden. Mit den Gemeinden und Städten werden alle Möglichkeiten zur Unterbringung geprüft. Aktuell haben wir keinen Puffer und brauchen noch kurzfristig winterfeste Quartiere. Die wöchentlichen Zahlen machen deutlich, dass Einzelwohnungen hier nicht

ausreichen und oft erst nachrangig berücksichtigt werden können. Die neue Dynamik ist nicht nur für die Kreisverwaltung eine Mammutaufgabe. Ohne engagierte Helfer vor Ort, ohne die Kommunen wäre die Arbeit gar nicht abzusichern. Deshalb möchte ich an dieser Stelle auch die Gelegenheit nutzen, besonders all den Ehrenamtlern zu danken, sie zu ermuntern uns weiter zu unterstützen und andererseits auch um Geduld bitten. Es ist nie Unwillen, wenn die Mitarbeiter des Kreises oder die Sozialarbeiter vor Ort nicht

jedes Angebot sofort aufgreifen, nicht jeden Mangel sofort abstellen und auch manche gute Idee erst einmal warten muss. »Warm, satt und sicher« – das sind jetzt die Grundbedürfnisse, die es zu stillen gilt. Klar, der soziale Bezug darf und soll nicht zu kurz kommen. Auch hier versuchen wir parallel erste Aktivitäten auf den Weg zu bringen. Seit Ende September gibt es eine Hotline unter der Telefon-Nr. 0800/66 46 868 und die Mail-Adresse info@fluechtlingshilfe-tf.de. Man kann sich auch dorthin wenden, wenn man als Freiwilliger beim Deutschlernen

oder in der Alltagsbegleitung helfen möchte. Hier werden Spendenangebote erfasst und auch Spenden entgegen genommen. Für den 10. Oktober hatte die Landrätin zu einem Runden Tisch in die Aula des Friedrich-Gymnasiums in Luckenwalde eingeladen. Es galt Fragen zu beantworten, Ideen zu sammeln und einen gemeinsamen Austausch zu befördern. Auch die Kollegen in unserem Haus brauchen Ermunterung und das Gefühl, mit dieser Herausforderung nicht allein zu sein.

Kirsten Gurske

1. Beigeordnete im Kreis TF

Flüchtlingspolitik im Landtag

Im Mittelpunkt der Septembersitzungen des Landtags stand die Flüchtlingspolitik.

Wichtig für uns LINKE war der gemeinsame Antrag »Landesaufnahmeprogramm verlängern und verbessern« der demokratischen Fraktionen im Landtag (außer AfD), der syrischen Flüchtlingen legale Einreisemöglichkeiten schaffen soll. Mit der Ankündigung der Landesregierung, die Rahmenbedingungen für die Schaffung von mehr sozialem Wohnraum für Flüchtlin-

ge in den Kommunen zu verbessern, trägt sie der Forderung der LINKEN »Sanierung statt Abriss und mehr Neubau« nun Rechnung. Die geplanten Maßnahmen: Sanierungsgelder zum Erhalt von »Abrisswohnungen« einsetzen, mehr Geld für den sozialen Wohnungsneubau und ein Darlehensprogramm zur Sanierung von leer stehenden Gebäuden müssen jetzt schnell in Handlungsrichtlinien gebracht werden, damit die Kommunen und Wohnungsunternehmen zügig und flexibel auf

diese neuen Bedingungen reagieren können. Es gilt, vom bisher geplanten Wohnungsabriss auf Wohnraumsanierung für ca. 17,5 Millionen Euro umzuschwenken. Und dies zügig, um den vielerorts vorhandenen Wohnraumbedarf der Bevölkerung decken und die Unterbringungszeiten der Flüchtlinge in Zelten und Turnhallen möglichst kurz halten zu können. Allerdings muss auch der Bund den sozialen Wohnungsneubau stärker fördern.

Bundesweit wäre ein Aufwuchs von

100.000 Wohnungen notwendig, um den jetzigen Bestand an Sozialwohnungen zu halten. Um für Geringverdiener einschließlich Flüchtlinge günstigen Wohnraum zu schaffen, muss die Bundesregierung sich bewegen und endlich ein finanziell untersetztes Konzept für eine Wohnungsoffensive vorlegen. Hier sind langfristig wirkende Maßnahmen gefragt, denn provisorische Lösungen werden auf Dauer nicht tragen.

Anita Tack, Mitglied des Landtages

Begegnungsfest »Multi-Kulti-Come-Together« im E-Werk Zossen

Ein voller Erfolg war das Begegnungsfest der Flüchtlingsinitiativen und Flüchtlinge im Zossener E-Werk am 19. September. Die rund zwölf Initiativen aus den Landkreisen Teltow-Fläming und Dahme-Spree-wald nutzten die Gelegenheit für den intensiven Austausch, um sich in Zukunft bei der wichtigen Arbeit gegenseitig zu unterstützen. Im August dieses Jahres kamen 2.300 neue Flüchtlinge nach Brandenburg. Das ist die höchste Zahl in den letzten Jahrzehnten. Bisher waren es 2015 über 10.100 neue Flüchtlinge in Brandenburg. Im Jahr 2014 kamen insgesamt 6.300 Flüchtlinge nach Brandenburg.

Mit steigenden Flüchtlingszahlen wachsen auch die Herausforderungen. Deutlich wurde aber auch, dass sich die Behörden zu oft darauf ausruhen, dass ehrenamtliche Helfer tätig sind.

Eingeladen zu dem Begegnungsfest hatte der Verein Haus der Demokratie Zossen e.V. für das Flüchtlingshilfe Zossen Team. Und es kamen über dreihundert Besucherinnen und Besucher, vor allem Flüchtlinge aus Afghanistan, Albanien, Syrien, Tschetschenien, Benin, Somalia, Palästina und anderen Ländern. Es wurde deutlich, dass die lokalen Initiativen trotz der unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten und Organisationsformen des bürgerschaftlichen Engagements, alle ähnliche Anliegen und Fragen haben. Besonders schön war zu sehen, dass die Flüchtlinge und Asylsuchenden sich auf dem Fest sehr wohl fühlten. So war die Stimmung angenehm und gelöst. Viel ehrenamtliches Engagement ermöglichte das gemeinsame Essen: Ein großer Renner bei den Jugendlichen war der Crêpe-Stand. Das Buffet mit mitgebrachten Speisen



aus den jeweiligen Heimatländern rundete das Fest ab. Außerdem gab es Lamm am Spieß, Dönerspieß, Würstchen und Kuchen. Livemusik und Tanz sorgten ebenfalls für gute Stimmung. Für die Kinder gab es eine Hüpfburg, Kinderschminken, Fußball und andere Spiele. Dank der Spenden verschiedener Firmen und Gewerbebetriebe konn-

ten Essen und Trinken kostenlos ausgegeben werden. Ein großer Dank gilt den fleißigen Organisatoren und den vielen Spendern für dieses besonders gelungene Fest.

Carsten Preuß

Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der SVV Zossen

Spontane Hilfe gut organisiert

Engagement für Flüchtlinge in der Gemeinde Niedergörsdorf

PfarrerIn Ines Fürstenu-Ellerbrock und Pastor Henry Kliewer wollten gut vorbereitet sein und erstellten Informationsbroschüren in mehreren Sprachen für die Bewohner des Übergangwohnheims in Altes Lager. Die erste Gruppe wurde in der Erstaufnahmestelle mit einem Zugticket nach Niedergörsdorf ausgestattet und kam dort auch an. Die Niedergörsdorfer Pfarrerin entdeckte sie zufällig auf der Dorfstraße und brachte die ortsunkundigen Menschen mit dem Auto in den richtigen Ortsteil und das Wohnheim. Am nächsten Tag besuchte ich als Ortsvorsteher gemeinsam mit Pastor Kliewer und dem Gemeindevertreter Helmut Stark das Heim, um die Neuankömmlinge zu begrüßen. Schnell stellte sich heraus, dass spontanes Handeln notwendig ist, um die akuten Aufgaben zu erledigen. Ohne Geld, Fahrkarte, Sprach- und Ortskenntnisse ist eine Fahrt von Altes Lager zur Ausländerbehörde und zum Sozialamt in Luckenwalde nicht zu bewältigen. Sofort boten Mitglieder des Welcome-Teams den Flüchtlingen die Fahrten mit dem privaten Auto und die Begleitung auf die Ämter an. Sonntags wurden in Küchen Vorräte aufgelöst und in die Unterkunft gebracht, weil die am Samstag gekauften Lebensmittel nicht ausreichten.

Inzwischen ist die Gruppe der Hilfsbereiten größer geworden und die Vernetzung in der Gemeinde wird immer besser. Eine Teestube ist im Entstehen und Sprachunterricht wird organisiert. Beim gemeinsamen Sport entwickeln sich erste Kontakte zu einheimischen Jugendlichen. Sponsoren finanzierten einen Bus, um mit den gläubigen Bewohnern zum Opferfest eine Moschee in Berlin zu besuchen.

Ohne die Organisation und den Einsatz der Pfarrerin der evangelischen Kirche Niedergörsdorf und des Pastors der evangelisch-mennonitischen Freikirche Altes Lager wäre dieser gute Start nicht möglich gewesen. Ihnen und allen engagierten Einwohnerinnen und Einwohnern einen herzlichen Dank!

Klaus Pollmann, Ortsvorsteher Altes Lager, Gemeindevertreter Niedergörsdorf



Jeden Samstag, 16 Uhr, treffen sich Jüterboger*innen mit Asylbewerber*innen zum Kennenlernen und zur Integrationshilfe in der Teestube am Dammtor. Am Samstag, zum Fürstentag am 12. September, war das Wetter toll und nicht nur die einheimische Bevölkerung unterwegs – da haben sich alle einfach auf die Straße gesetzt und das tat allen gut. Viele Bürger*innen haben erstmals gesehen und erlebt, dass Menschen einfach zusammensitzen und reden – egal woher sie kommen. Das war ein so gutes Gefühl und doch so einfach!

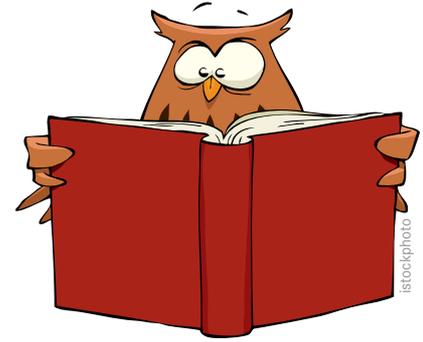
Eingetaucht ins Mittelalter

Am 12. September 2015 fand unser 5. Stadtfest, der Jüterboger Fürstentag, statt. Er stand unter dem Thema des Jahres 1605, in dem der Kaiser die Länder aufforderte, ihn bei der Bekämpfung der Türken im «langen Türkenkrieg» zu unterstützen und ist belegt unter dem Namen «Jüterboger Fürsten- und Kreistag».

Viele Hausbesitzer in der Innenstadt öffneten ihre Höfe und boten ein buntes Programm ganz nach ihren Vorstellungen. Auf dem Hof der Firma werbeград der Familie Gorisek haben wir zum zweiten Mal als LINKE Quartier bezogen und einen Beitrag mit »Spilwut« für das Gelingen geleistet. Das Besondere an diesem Fest ist, dass es ausschließlich ehrenamtlich vorbereitet und durchgeführt wird. Ich finde es schade, dass sich die Stadt gar nicht mehr daran beteiligt. Ein großes Dankeschön gebührt dem Heimatverein »Jüterboger Land« und natürlich allen Beteiligten!

Maritta Böttcher, Jüterbog

L E S E E U L E



»War das die Wende, die wir wollten? Gespräche mit Zeitgenossen«

geführt von der »nd«-Journalistin **Burga Kalinowski**.

Im 25. Jahr der Angliederung der DDR an die alte BRD legt sie ein sehr authentisches Buch vor, das die »Wende« 1989/90 aus dem persönlichen Blickwinkel von 27 mir mehr oder weniger bekannten Persönlichkeiten betrachtet. Mich interessierten die Fragen: Was für eine Wende wollten diese Menschen? Wie zufrieden sind sie mit diesem Ergebnis?

Die Antworten sind abhängig von der Lebenssituation der Befragten, ganz stark geprägt von ihrem sozialen Umfeld, ihren Berufen. Also ergeben sich zum Teil völlig unterschiedliche Aussagen, manche, die ich erwartet habe, andere, die mich verblüfft haben.

So sagt der 1952 in die DDR geflüchtete Victor Grosman, damals US-Soldat in Bayern: »Ich wollte Verbesserungen und Reformen, damit die Leute für den Sozialismus zu gewinnen waren, nicht den Untergang. Dass die Krupp und die Thyssen und die Deutsche Bank siegen – das konnte ich nicht wollen!«

Der bekannte Schauspieler Peter Bause dachte so: »Ich glaube, die Gesellschaftsordnung stand nicht infrage, der Sozialismus sollte ein anderer werden, ein demokratischer und ein offener Sozialismus«. »Ich hab gedacht ..., dass nach der Wende der Kalte Krieg aufhört und die Welt in Frieden lebt. Und dass das nicht geht, das ist die große Enttäuschung des Lebens.« »... es fehlt so vieles ... – an Arbeit, an Menschlichkeit, an Verständnis. Es ist viel verloren gegangen.«

Eine eher drastische Sichtweise hat der letzte Innenminister der DDR, Peter-Michael Diestel, der 1989/90 von Anfang an die Teilung Deutschlands beenden wollte. Er sieht aber sehr klar, wer in der heutigen BRD die Strippen zieht – die Herren in den Konzernen, Banken, Versicherungen, nicht die Bundestagsabgeordneten. Die bekannte SchauspielerIn und Autorin Walfriede Schmitt sieht ihre Vorstellungen so: »Ich wollte in einem intelligenten Land leben, in dem die Menschen selbständig denken dürfen, gemeinsam ihr Leben gestalten, fröhlich sind, solidarisch und kreativ. ...Wie naiv, wie verträumt war ich eigentlich?«

Der Fernsehmoderator Hellmuth Henneberg resümiert: »Zum Glück ist uns auch die Kritikfähigkeit, mit der wir die Prozesse heute betrachten, geschenkt worden – quasi per Herkunft aus der DDR.«

Dieses Buch birgt viele neue Erkenntnisse in sich und zwingt mich immer nach Antworten auf die Frage zu suchen: Habe ich das auch so gesehen?

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

DIE LINKE. Teltow-Fläming
**VOR ORT UND
IM NETZ:**

Geschäftsstellen
14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-
teltow-flaeming.de
www.dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-
teltow-flaeming.de
www.dielinke-tf-süd.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-
teltow-flaeming.de
www.dielinke-ludwigsfelde.de
www.facebook.com/dielinke.tf

Auch interessant:
www.dielinke-rangsdorf.de;
www.facebook.com/
dielinke.rangsdorf

www.dielinke-zossen.de;
www.facebook.com/
DIE.LINKE.ZOSSEN

www.dielinke-
blankenfelde-mahlow.de

**Leserbriefe
und Zuschriften
sind ausdrücklich
erwünscht.**

**Nächste Ausgabe:
15. Dezember 2015**

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier
Redaktionsschluss: 30. September 2015
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 1.900, Oktober 2015
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

Heimatgeschichtliche Ereignisse im Herzen bewahren

Viele Menschen gibt es in unserem Kreis, die sich nicht nur für die Geschichte unseres Kreises interessieren, sondern aktiv mithelfen, sie zu bewahren. Ob Schüler im Sachkunde- oder Geschichtsunterricht beim direkten Miterleben von Ereignissen in unserem Landkreis (die Stolpersteinlegung, das Bewahren historischer Bauwerke wie die Friedrich-Ebert-Grundschule und das Stadttheater) oder beim lebendigen Miterleben der aktuellen Integration von Menschen aus aller Herren Länder. Menschen aus allen Schichten unserer Gesellschaft sind auch in unserem Kreis dazu gefragt. Es ist toll. Dass viele Menschen des Kreises ihr Wissen und ihre Erfahrungen interessierten Mitbürgern zuteilwerden zu lassen. Deshalb war es auch ein besonderes Ereignis als Frau Stephani Hennigs, Pfarrerin der evangelischen Gemeinde unserer Stadt, Dr. Herbert Fiedler bat, im Gemeindefaal der Petri-Kirche etwas über die Hachscharageschichte von Ahrensdorf bei Trebbin zu erzählen. So war am 18. Juni diesen Jahres nicht nur bereits Bekanntes zu hören, sondern er stellte auch neueste Forschungsergebnisse vor. Es gab ja inzwischen so viele neue Informationen dazu, dass das Heft vier der Buchkassette über die Kurzbiographien vieler ehemaliger Ahrensdorfer überarbeitet und neu aufgelegt wurde. Die 45 hochinteressierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Gesprächsrunde stellten im Anschluss nach diesem einstündigen Vortrag viele interessante Fragen dazu. »Wie war es möglich, dass in dieser Zeit von 1936–1945 solch jüdisches Handwerk in der Nähe von Luckenwalde überhaupt existieren konnte?« »Was geschah danach mit den jüdischen Jungen und Mädchen?« »Wie viele überlebten?« »Gab

es Kontakte zu den Einwohnern von Ahrensdorf und Löwendorf?« »Wie war das mit dem Tomatenberg?« »Wie und wovon ernährten sich die Jugendlichen?« »Gibt es noch heute Kontakte zu ehemaligen Ahrensdorfern?«

Ein Dank gilt nicht nur Dr. Herbert Fiedler für seine spannenden Ausführungen, sondern auch den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die tolle Gesprächsrunde und besonders der Pfarrerin Frau Hennigs, die diese Gesprächsrunde ins Leben rief.

Monika Handreck, Luckenwalde

Sommer in Brandenburg

Es ist der erste deutschsprachige Roman zur Jüdischen Hachschara-Geschichte. Und das von einem Schweizer Schriftsteller geschrieben, der zufällig über eine Homepage von der in Vergessenheit geratenen Geschichte der Hachschara erfuhr. Die Hachschara, was war das? Hachschara ist das jüdische Wort für »tauglichmachen«, »ausbilden«, »vorbereiten« ... Und hierfür schufen jüdische Institutionen schon in den Jahren der Weimarer Republik erste Hachschara-Stätten auch in Deutschland. Junge jüdische Mädchen und Jungen sollten hier ihre Vorbereitung auf das wohl harte Leben in Palästina erhalten. Vor allem die Ausbildung in der Land- und Viehwirtschaft, aber auch eine Bekräftigung der jüdischen Kultur, das erstmalige Erlernen der jüdischen Sprache Hebräisch gehörten dazu. All das musste Urs Faes erst einmal selber erfassen und in sich aufnehmen. Es wurde eine feinfühligere berührende Liebesgeschichte, die von ihm in einer dreijährigen Arbeit vor Ort entstand. Die Hachschara-Stätte BERDOTARIS in Ahrensdorf bei Trebbin, so lautete einst die Zielschrift für jüdische Jungen und Mäd-

chen, die sich aus vielen Gegenden Deutschlands, aus dem Rheinland und aus Schlesien, aus Berlin und aus Ostpreußen, aber auch aus Wien kommend, auf den Weg hierher machten. Das allein schon ist aus der Sicht von heute so unfassbar, einfach nicht vorstellbar. Denn das alles vollzog sich 1936–1941, in den Jahren der Naziherrschaft. In den Jahren des Terrors gegen die jüdische Bevölkerung. Getragen vom Fluidum unserer Brandenburgischen Wälder schrieb Urs Faes einen Roman voller Leidenschaft im Leben der jüdischen Jungen und Mädchen, einen Roman einer berührenden Liebesgeschichte zwischen einem Hamburger Jungen und einem Mädchen aus Wien. Aber der Roman ist mehr als nur die zarte Liebesgeschichte. Es ist zugleich die Geschichte der Hoffnung und Sehnsüchte dieser jüdischen Mädchen und Jungen in einer der 13 noch in den Jahren 1936 bis 1941 existierenden, geduldeten jüdischen Ausbildungsstätten. Noch wird ihr Denken, werden ihre Sehnsüchte getragen von der Hoffnung des Überlebens, eines Weges nach dem unbekanntem Hoffungsland Palästina.

Drei Jahre arbeitete Urs Faes an diesem Roman – er lebte hier in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal und ließ sich von der Schönheit Brandenburgs und besonders von unseren tiefen Wäldern beeindrucken. Er kann diesen Roman, diese Geschichte, nur hier, dicht am Ort des einstmaligen Geschehens schreiben, und nicht in seiner Heimat in den Schweizer Bergen, sagte er.

Urs Faes:

»Sommer in Brandenburg«
Suhrkamp-Verlag 2014

Dr. Herbert Fiedler, Luckenwalde

Besuchergruppe aus Jüterbog

Am 9. September besuchten ca. 50 Frauen und Männer des Brandenburgischen Seniorenverbandes, Ortsgruppe Jüterbog, organisiert von Maritta Böttcher (Mitglied der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow Fläming) den Landtag und die Fraktion DIE LINKE. Renate Harcke

führte sie durch das Haus und Anita Tack stand für ein Gespräch bereit. Dabei wurden sowohl Fragen zur Entwicklung der Potsdamer Mitte als auch Probleme in Jüterbog angesprochen. Der Besuchstag klang dann mit einer Schloßerrundfahrt der Weißen Flotte aus.

Maritta Böttcher
Jüterbog

